

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 13:01
Aktenzahl: PGL-878445-2026-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.114

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Mag. Jürgen Czernohorszky

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderätinnen Ingrid Korosec (ÖVP), Sabine Keri (ÖVP) und Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc (ÖVP) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Klima, Umwelt, Demokratie und Personal) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Rücknahme der geplanten Erhöhung der Hundeabgabe

Hunde leisten für viele Wienerinnen und Wiener weit mehr als bloße Begleitung im Alltag. Sie sind soziale Stütze, Familienmitglied, Bewegungsmotivator und - gerade für ältere Menschen oder alleinstehende Personen - oftmals entscheidender Faktor gegen Isolation und Vereinsamung. Vor diesem Hintergrund bieten Hunde auch einen beträchtlichen Mehrwert für das gesellschaftliche Zusammenleben in unserer Stadt.

Die von SPÖ und Neos beschlossene Steigerung im Bereich der Hundeabgabe würde jedoch genau jene Menschen treffen, die ihre Tiere verantwortungsvoll halten und pflegen. Anstatt soziale und gesundheitliche Effekte zu stärken, werden Tierhalterinnen und Tierhalter von der Stadtregierung zusätzlich belastet. Eine derart drastische Anhebung ist nicht verhältnismäßig und setzt ein falsches Signal: Treue Begleiter des Menschen sollten nicht zum Gegenstand überzogener

Mehreinnahmen der Stadt werden.

Die von der Stadt herangeführte Begründung, wonach Kosten für Infrastrukturmaßnahmen – etwa Hundezonen, Auslaufplätze und Kotsackerlspender – gedeckt werden müssen, rechtfertigt keine plötzliche, überproportionale Erhöhung. Vielmehr braucht es eine faire, maßvolle und sozial ausgerichtete Lösung, die die Bedeutung von Haustieren für viele Wienerinnen und Wiener anerkennt.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat spricht sich gegen die Erhöhung der Wiener Hundeabgabe bzw. für eine sozial verträgliche Lösung aus, die insbesondere die wertvolle Funktion von Hunden für das gesellschaftliche Zusammenleben berücksichtigt.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Unterzeichner*innen:

Sabine Keri (ÖVP); Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc (ÖVP); Ingrid Korosec (ÖVP)